

## I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

### Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsam.

#### Analysekompetenz

- Analysefragen unter Verwendung von Fachkategorien strukturiert bearbeiten (A3)
- den grundlegenden Problemgehalt oder die fundamentale Konfliktstruktur differenziert beschreiben (A5)

#### Urteilskompetenz

- mögliche Folgen unterschiedlicher Lösungsansätze abschätzen (U2)
- eigene Entscheidungen argumentativ begründen (U5)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung der Aufgabe nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

### Inhaltlicher Bezug

Die Aufgabe bezieht sich auf das Themenfeld *Gemeinwohl und organisierte Interessen* (Q1.5), insbesondere auf das Stichwort *Verbände zwischen Interessenartikulation und Lobbyismus*.

Der inhaltlich kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Konjunkturanalyse und Konjunkturpolitik – Herausforderungen prozessorientierter Wirtschaftspolitik* (Q2.1), insbesondere auf das Stichwort *Möglichkeiten und Varianten nachfrageorientierter Politik (insbesondere Fiskalpolitik [...] und Geldpolitik [...])*, sowie auf das Themenfeld *Nachhaltiges Wachstum und fairer Wettbewerb – Herausforderungen wirtschaftlicher Ordnungspolitik* (Q2.2), insbesondere auf das Stichwort *Ziele und Prinzipien angebotsorientierter Wirtschaftspolitik*.

## II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

### Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: In dem Zeitungsartikel „Die Stunde der Einflüsterer“, erschienen am 01.06.2020 auf sueddeutsche.de, beschreibt der Autor Uwe Ritzer die Einflussnahme von Lobbyisten auf die Politik.

- Der Autor führt aus, dass ohnehin wenig gehörte Themen während der Corona-Pandemie noch weniger Gehör finden, während mächtigere Lobbygruppen versuchen, die Situation für sich auszunutzen.
- Christina Deckwirth von der Organisation „Lobbycontrol“ äußert, dass es zu Beginn der Corona-Pandemie noch um die Gesundheit der Menschen gegangen sei und nun nur noch ums Geld. Hierbei werde um viel Geld gekämpft, welches der Staat und die Europäische Union zur Linderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie verteilen.
- Gerne würden Lobbyisten die Corona-Krise nutzen, um ihnen unliebsame politische Pläne oder Gesetze aufzuweichen sowie die Rücknahme politischer Entscheidungen zu verlangen. Hierbei würden sie ihren eigenen Nutzen als Gemeinwohl darstellen.

- Auch mit Verweis auf die Corona-Pandemie würden Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft Forderungen wie weniger Steuern und Abgaben stellen.
- Nach der Politologin Deckwirth von „Lobbycontrol“ würden Lobbyisten im Zuge der Corona-Krise zum einen eine Steuersenkung und zum anderen mehr Geld vom Staat fordern.
- Laut der Anti-Korruptionsorganisation Transparency Deutschland schlage die Stunde der Lobbyisten wie niemals zuvor.
- Besonders die Ministerien oder die EU-Kommission würden von den Lobbyisten kontaktiert. Laut Deckwirth spiele die Exekutive im Krisenmodus eine viel größere Rolle, d.h. hauptsächlich Regierung und Kommission entscheiden über Hilfspakete und Rahmenbedingungen.
- Um als Lobbyist erfolgreich Einfluss nehmen zu können, sei ein verlässliches Netzwerk unverzichtbar. Aufgrund des notwendigen schnellen Handelns der Politik während der Krise, hätten Lobbyisten nicht die Zeit, um erst dann Kontakte zu knüpfen.
- Eine Beeinflussung politischer Entscheidungen durch Interessenvertreter sei zwar demokratisch gewollt und unverzichtbar, jedoch seien die Bestimmungen für das Zusammenwirken zwischen Lobbyisten und Politik fragwürdig.
- Da die öffentliche Meinung die Politik beeinflusse, sei die Öffentlichkeit immer öfter Ziel von Lobbyisten. Bei dem Fall „Unterstützung der Lufthansa während der Corona-Pandemie“ werde in der Öffentlichkeit immer nur von „Rettung“ gesprochen, obwohl die staatlichen Kredite keinen nennenswerten Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Konzerns hätten und dieser lediglich die Hälfte der bereit gestellten Mittel wert sei.

**Aufgabe 2**

Das Material befasst sich mit dem Kampf der Interessenvertreter um finanzielle Mittel, die die Bundesregierung zur Linderung der Folgen der Coronakrise ausgibt. Laut Autor würden Interessenvertreter die Corona-Krise nutzen, um politische Pläne, Gesetze oder Verordnungen zu untergraben oder die Rücknahme politischer Entscheidungen zu verlangen. Auch wenn der Einfluss von Interessenvertretern auf politische Entscheidungen demokratisch gewollt und unverzichtbar ist, so wird immer wieder die Frage aufgeworfen nach den Regeln für die Zusammenarbeit zwischen Lobbyisten und Politik. Denn nachgewiesenermaßen verfügt derjenige über mehr politischen Einfluss, der auch viel Geld in Lobbyarbeit stecken kann. Die Interessen finanziell schwächerer Akteure werden dabei weniger gut gehört.

Darüber hinaus können folgende Funktionen von Interessenverbänden in einer parlamentarischen Demokratie erläutert werden:

- Die Geschäftsordnungen des Bundestages und der Bundesregierung sehen die Mitwirkung von Interessenverbänden vor: Deren Vertreter können von Ausschüssen des Bundestages um Stellungnahme gebeten werden, des Weiteren können sie in öffentlichen Anhörungen Auskunft geben und in sogenannte Enquetekommissionen berufen werden.
- Die Interessenaggregation zeigt sich in der Bündelung von Forderungen zu verbandspolitischen Zielen und programmatischen Aussagen. So erreicht der Verband eine Position, die er nun nach außen vertreten kann.
- Bei der Interessenselektion wählen Verbände Forderungen aus, die sie einerseits als besonders wichtig erachten, andererseits zu einem bestimmten Zeitpunkt für optimal durchsetzbar halten. Durch die öffentliche Thematisierung können sie bestimmte eigene Anliegen zum Thema machen.
- Bei der Interessenartikulation wenden sich die Verbände zur Durchsetzung der Mitgliederinteressen mit Forderungen an das zentrale politische Entscheidungssystem. Dies erfolgt entweder auf dem Wege der öffentlichen Diskussion oder durch den direkten Zugang zur für die Sachentscheidung zuständigen Stelle im Staatsapparat.
- Auch durch die Verbände werden die Bürger in den Staat integriert, indem das Individuum in Vermittlungsprozesse einbezogen und ihm die Komplexität des politischen Prozesses verdeutlicht wird. Dadurch kann die Funktions- und Steuerungsfähigkeit des politischen Systems gekräftigt werden.

- Die Verbände ermöglichen die Beteiligung von Individuen an der politischen Willensbildung über den zeitlich festgesetzten und begrenzten Wahlakt hinaus. So kann das Individuum Einfluss auf die Politik nehmen und die Legitimität politischer Entscheidungen kann erhöht werden.
- Die Verbände stellen der Gesellschaft Partizipations- und Kommunikationsmedien zur Verfügung.
- Der Staat delegiert in gewissen Politikbereichen Aufgaben an Verbände. Dadurch entlasten Interessengruppen den Staat (IHK, Wohlfahrtsverbände).
- Die Verbände erfüllen die Legitimitätsfunktion, indem sie zentralen gesellschaftlichen Forderungen Ausdruck verleihen. Sie wirken als Repräsentanten bestimmter Bevölkerungsgruppen entscheidend mit.

**Aufgabe 3**

Dem Staat kommt sowohl in der angebotsorientierten wie auch in der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik eine bedeutende Rolle bei der Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu.

Zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik sollen folgende Aspekte aufgeführt werden:

- In Anlehnung an das Zitat werden wirtschaftspolitische Sparmaßnahmen des Staates vom Verband „Die Familienunternehmer“ gefordert. Die Steuern sollen gesenkt werden, wodurch der Staat weniger Einnahmen erzielen würde. Diese Forderung deutet auf eine angebotsorientierte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik hin.
- Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik stellt die Renditeerwartungen der Kapitalgeber in den Mittelpunkt und betont die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (Geldwertstabilität, Löhne, Arbeitszeitregelungen, Steuern, staatliche Auflagen etc.) seitens des Staates. Hieran knüpft die Forderung des Verbandes der Familienunternehmer in dem Zitat an.
- Nach dieser Theorie stehen dem Staat v.a. ordnungspolitische Instrumente zur staatlichen Gestaltung und Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens zur Verfügung. Unter ordnungspolitischen Instrumenten versteht man rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen. Diese sind eher langfristig ausgerichtet und sollen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unterstützen und stabilisieren, z.B. die Wettbewerbspolitik. Prozessorientierte Instrumente beeinflussen das Wirtschaftsgeschehen direkter, z.B. Geld- und Finanzpolitik, Reformen in der Steuerpolitik.

Der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik sollen schließlich folgende Aspekte der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gegenübergestellt werden:

- Die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik hingegen weist dem Staat wichtige Aufgaben bei der Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu wobei v.a. prozessorientierte Instrumente genutzt werden. Durch eine antizyklische Wirtschaftspolitik (z.B. durch eine Ausgabenerhöhung bei schwacher privatwirtschaftlicher Nachfrage bzw. durch Ausgabensenkung bei Übernachfrage) und aktive Wirtschaftseingriffe soll der Staat wirtschaftspolitische Verpflichtungen übernehmen.
- Strukturpolitische Maßnahmen greifen regional, sektoral oder branchenspezifisch in Wirtschaftsbereiche ein und haben eine eher mittelfristige Ausrichtung, z.B. Investitionen in Infrastruktur oder Subventionen. Hierbei versucht der Staat in wirtschaftlichen Schwächephasen einzugreifen und die Nachfrage durch staatliche Investitionen und Konjunkturprogramme zu beleben.

**Aufgabe 4**

Anknüpfend an das Zitat können z.B. folgende Chancen von Lobbyismus in der Bundesrepublik Deutschland erörtert werden:

- Durch Lobbyisten wird Fachwissen in die politische Diskussion gebracht, da Politiker auf die Meinung von Experten aus der Wissenschaft und Wirtschaft, die sich häufig schon länger mit bestimmten Themen beschäftigen, angewiesen sind.
- Lobbyismus kann von allen Interessenvertretungen so ausgeübt werden, dass durch diesen Prozess das Gemeinwohl abgebildet werden kann.
- Lobbyismus ist nicht nur etwas für professionelle Interessensvertreter, sondern prinzipiell kann jeder einen Abgeordneten kontaktieren, um ihm seinen Standpunkt zu erklären und damit seine Meinungsbildung zu beeinflussen.
- Mithilfe von Lobbyismus kann Einfluss aus der Gesellschaft auf die Politik ausgeübt werden.

- Das am 01.01.2022 verpflichtend eingeführte Lobbyregister in Deutschland soll für Transparenz in Entscheidungsprozessen sorgen.

Anknüpfend an das Zitat können folgende Risiken von Lobbyismus in der Bundesrepublik Deutschland erörtert werden:

- Politiker sollen die Interessen aller Menschen in unserer Gesellschaft vertreten. Lobbyisten haben dagegen in der Regel nur die Interessen ihrer eigenen Unternehmen oder Organisationen im Fokus. Das Wohl der ganzen Gesellschaft ist zweitrangig.
- Lobbyismus muss man sich leisten können. Während ein Wirtschaftsverband oder ein Großkonzern mehrere gut bezahlte Vertreter beauftragen und regelmäßig zu Veranstaltungen einladen kann, haben viele NGOs und Mittelständler diese Möglichkeiten nicht. Das führt zu einem Ungleichgewicht.
- Ein weiteres Problem ist der sogenannte „Drehtür-Effekt“, d.h. für manche staatlichen Funktionsträger geht es nach ihrer Tätigkeit im politischen System wie durch eine Drehtür direkt in ein Unternehmen. Manche Bundestagsabgeordnete beziehen sogar schon während ihrer Tätigkeit im Bundestag Einkünfte durch ihre Tätigkeit für Interessenverbände oder Unternehmen.
- Das Lobbyregister des Bundestages löst nicht alle Transparenzprobleme, da die Einflussnahme durch Lobbyisten häufig auf der Ministerialebene geschieht.
- Es ist umstritten, ob die im Material angesprochene staatliche Unterstützung der Lufthansa im Sinne des Gemeinwohls erfolgt oder nur im Interesse des Unternehmens und seiner Lobbyisten ist.

Die Erörterung soll zu einer abschließenden Bewertung führen.

### **III Bewertung und Beurteilung**

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Bei der Bewertung und Beurteilung der Übersetzungsleistung in den Fächern Latein und Altgriechisch sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 14 OAVO in Verbindung mit Anlage 9c anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO sowie Anlage 9c zu § 9 Abs. 14 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Für die Bewertung in den modernen Fremdsprachen ist der „Erlass zur Bewertung und Beurteilung von schriftlichen Arbeiten in allen Grund- und Leistungskursen der neu beginnenden und fortgeführten modernen Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe, dem beruflichen Gymnasium, dem Abendgymnasium und dem Hessenkolleg“ vom 7. August 2020 (ABl. S. 519) zugrunde zu legen. Demnach erfolgt die Bewertung und Beurteilung mit der Maßgabe, dass lediglich bei der Ermittlung des Prüfungsergebnisses (Note) aus Prüfungsteil 1 und 2 gerundet wird.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit „**ausreichend**“ (5 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

**Aufgabe 1**

- der Text im Ansatz zusammengefasst wird,

**Aufgabe 2**

- auch unter Bezugnahme auf das Material Funktionen von Interessenverbänden in einer parlamentarischen Demokratie ansatzweise erläutert werden,

**Aufgabe 3**

- anknüpfend an das Zitat die Rolle des Staates in der angebots- und nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik ansatzweise gegenübergestellt wird,

**Aufgabe 4**

- anknüpfend an das Zitat Chancen und Risiken von Lobbyismus in der Bundesrepublik Deutschland ansatzweise erörtert werden.

Eine Leistung ist mit „**gut**“ (11 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

**Aufgabe 1**

- der Text verständlich und strukturiert zusammengefasst wird,

**Aufgabe 2**

- auch unter Bezugnahme auf das Material Funktionen von Interessenverbänden in einer parlamentarischen Demokratie differenziert und ausführlich erläutert werden,

**Aufgabe 3**

- anknüpfend an das Zitat die Rolle des Staates in der angebots- und nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik differenziert gegenübergestellt wird,

**Aufgabe 4**

- anknüpfend an das Zitat Chancen und Risiken von Lobbyismus in der Bundesrepublik Deutschland differenziert erörtert werden.

**Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen**

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	20			20
2	5	20		25
3	5	20		25
4		5	25	30
Summe	30	45	25	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.